



2 | PRO & KONTRA

KLEINE ZEITUNG
SONNTAG, 6. SEPTEMBER 2015

+ Letztlich eine Frage der Glaubwürdigkeit



Heidi Glück, Medienberaterin und ehemalige Sprecherin von Bundeskanzler Wolfgang Schüssel: Grundsätzlich muss eine Partei keine Beziehung fürs Leben sein, wenn sich Apparat und Mandatar auseinanderentwickeln. Im Fall von Ursula Stenzel halte ich es deswegen für unanständig, weil der Wechsel rein egoistische Motive hat, auch wenn dahinter tiefe Enttäuschung über die Art liegt, wie ihre Partei ihren Abgang geplant und durchgezogen hat. Stenzel stand für Haltung und Positionen, die unvereinbar sind mit jenen der FPÖ. Sie erschüttert die Glaubwürdigkeit. Stenzel macht Inhalte der FPÖ hoffähig, die es eigentlich nicht sind.

KK

+ **-** „Wie am Transfermarkt zwischen Fußballklubs“

Andreas Schieder, SP-Klubobmann: Es ist eine bedenkliche Entwicklung, wenn es im Parlament zugeht wie am Transfermarkt zwischen Fußballklubs. Das schadet der Glaubwürdigkeit der Politik und allen Abgeordneten. Sicher kann es in Ausnahmefällen Gründe geben, warum manche wegen unüberbrückbarer Inhalte Parteien wechseln. Wenn es aber ausschließlich darum geht, die politische Existenz abzusichern, und dafür von heute auf morgen jegliche politische Überzeugung geopfert wird, lehne ich das entschieden ab. All jene, die in der jüngsten Vergangenheit in solche Wechselspiele involviert waren, haben der Demokratie einen denkbar schlechten Dienst erwiesen.

APA



+ „Politik ist diesen Menschen kein echtes Anliegen“



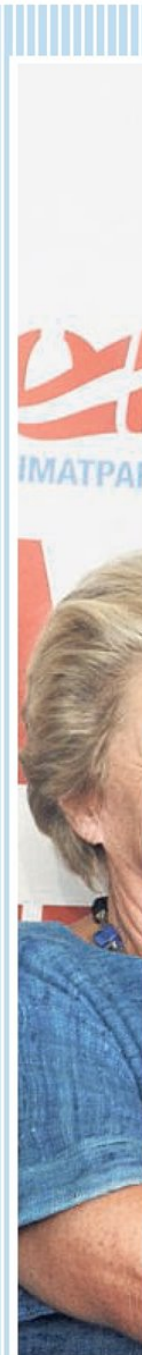
Freda Meissner-Blau, Grünen-Pionierin: Da ich 36 Jahre lang im 1. Bezirk gewohnt habe – Gott sei's geklagt –, habe ich sehr unter Frau Stenzel gelitten. Aber um die Frage nicht auf einer persönlichen Ebene zu beantworten: Der Wechsel von einer Partei zur anderen, so wie man die Unterwäsche wechselt, ist für mich der Beweis dafür, dass Politik diesen Menschen kein echtes Anliegen mehr ist. Da geht es nicht mehr um ein Gestalten, Verändern, Verbessern unserer Gesellschaft. Diese Käuflichkeit, das Fehlen eines inneren Kompasses: Also ich finde das kläglich! Die Spitze des Eisbergs ist für mich allerdings, dass die Lady aus dem 1. Bezirk sich hier mit jemandem auf ein Packl haut, von dem sie immer gesagt hat, wie schäbig er ist.

APA

+ **-** „Rache ist weitverbreitet“

Harald Jannach, Nationalratsabgeordneter der FPÖ: Als einer aus der Kärntner Landesgruppe, der den Wechsel zum BZÖ, zur FPK und wieder zurück zur FPÖ nicht mitvollzogen hat, sondern immer FPÖ-ler geblieben ist, empfinde ich solche Rochaden als höchst unanständig. Wobei damals mit dem BZÖ eine ganze Gruppe gegangen ist. Ich würde nie die Partei wechseln, da hör ich vorher lieber auf. Doch ich weiß, vielen geht es um Machterhalt, Mandatserhalt und vor allem um Rache. Die ist weitverbreitet. Im konkreten Fall von Ursula Stenzel finde ich die Entscheidung der Bundes-FPÖ aber nicht schlecht. Rein politisch betrachtet. Das bringt einen Werbeeffekt.

APA/FOHRINGER



Ja



Nein

FRAGE DER WOCHE

Ist es denn unanständig, die Partei zu wechseln?



Mit der ehemaligen ORF-Journalistin und ÖVP-Politikerin Ursula Stenzel hat vergangene Woche erneut eine Politikerin die Partei gewechselt. Wie vor ihr Mitglieder des Teams Stronach zur ÖVP wechselten und damit mit fliegenden Fahnen nicht nur die Partei, sondern auch die Fraktion getauscht haben. Einen regen Wechsel hat es auch bereits gegeben, als Jörg

Haider das BZÖ gegründet hat und FPÖ-Parlamentarier zum BZÖ wechselten. Wir fragten Politikerinnen und Politiker, was sie von solchen Übertritten halten. Für die Gründerin des Liberalen Forums, Heide Schmidt, die zuvor Präsidentschaftskandidatin der FPÖ war, ist die Sache klar: Ein Übertritt sei unanständig, sagt sie, wenn es um Machterhalt oder Geld gehe. PICTUREDESK

KLEINE ZEITUNG

+ - „Es ist unanständig, Grundsätze aufzugeben“



Heide Schmidt, Ex-Chefin Liberales Forum: Es ist unanständig, Grundsätze für Machterhalt und/oder Geld aufzugeben. Es ist unanständig, das eine zu sagen und etwas anderes zu machen. Es ist unanständig, die Verantwortung für das eigene Gewissen an andere zu delegieren. Es muss nicht unanständig sein, die Partei zu wechseln. Das ist es nur dann, wenn Rache, Positionserhalt oder sonstige verschwiegene Eigeninteressen die Motivlage bestimmen. Ich hoffe, dass die Menschen das jeweils erkennen und in ihrem Wahlverhalten darauf reagieren. Denn in der Demokratie liegt es an den Wählerinnen und Wählern, was sie an Unanständigkeit hinnehmen oder aber an Anstand einfordern. APA (2)

+ „Verfälschung des Wählerwillens“

Hannes Androsch, Industrieller, ehemaliger Finanzminister (SPÖ): Man muss unterscheiden zwischen einem Wechsel der Partei und einem Wechsel der Fraktion. Für einen Parteiwechsel kann es sachliche Gründe geben. Die Fraktion zu wechseln, ist aber eine Verfälschung des Wählerwillens. Genau genommen müsste man dann das Mandat zurückgeben. Zumindest müsste man die Unbill eines wilden Abgeordneten hinnehmen. Formal ist ein Fraktionswechsel möglich, aber moralisch entspricht das nicht meinen Vorstellungen. Man sollte verstärkt zu einem personenbezogenen Wahlrecht kommen, wo man seinem Wahlkreis Rechenschaft ablegen muss.



+ „Illegitim, wenn es aus Opportunismus erfolgt“



Eva Glawischnig, Grünen-Chefin: 1993 verließ Heide Schmidt die FPÖ Jörg Haider und gründete das Liberale Forum. Der Auslöser war das von Haider initiierte Anti-Ausländer-Volksbegehren. Die Liberale Schmidt wollte Haider's ausländerfeindliche Politik nicht mehr mitmachen. Ein solcher Wechsel ist für mich legitim. Vor Kurzem hat der als Po-Grapsch-Befürworter bekannt gewordene Marcus Franz vom Team Stronach zur ÖVP gewechselt. Wenige Tage nach seinem Wechsel redete VP-Klubchef Lopatka heftig auf ihn ein – und Franz stimmte wundersamerweise für strengere Strafen für Po-Grapschen. Seine Meinung dazu hat er wohl nicht geändert. Ein Parteiwechsel offenbar aus reinem Opportunismus ist für mich illegitim. APA

+ - „Es gilt das freie Mandat“

Reinhold Lopatka, ÖVP-Klubobmann: Wenn ein Abgeordneter die Mitarbeit in seiner bisherigen Partei als unmöglich erachtet, halte ich einen Klubwechsel für besser, als die restliche Legislaturperiode in der letzten Reihe als wilder Abgeordneter ohne wirkliche Arbeitsmöglichkeiten zu verbringen. Es gilt das freie Mandat, das man bisher stets respektiert hat. Es gab Klubwechsel zwischen SPÖ und Grünen, FPÖ und BZÖ und auch bei der ÖVP. Das berühmteste Beispiel für einen Parteiwechsel ist Winston Churchill: Er war in seiner politischen Karriere Konservativer, Liberaler und Unabhängiger. Für mich persönlich kommt ein Parteiwechsel niemals infrage!

